

Die Palästinenser sind Menschen ohne Rechte

Gastkommentar von Michael Barenboim

7. November 2025

Ein 20-Punkte-Plan schafft noch keinen Frieden – erst recht nicht, da Israel den Bewohnern von Gaza und der Westbank weiterhin Lebensbedingungen auferlegen darf, die Leben unmöglich machen.

Michael Barenboim ist Professor an der Barenboim-Said-Akademie in [Berlin](#). Als Mitglied des Künstlerkollektivs „Make Freedom Ring“ organisiert er Benefizkonzerte für [Palästina](#).

„Das Recht des Palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung kann nicht von Bedingungen der Besatzungsmacht abhängig gemacht werden, da es sich um ein unveräußerliches Recht handelt.“ Dieser Satz aus dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2024 müsste das Zentrum jeder Überlegung zu diesem Thema sein. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Der von den [USA](#) vorangetriebene 20-Punkte-Plan ist ein aktuelles Beispiel dafür. Schon der erste Punkt lässt aufhorchen: Gaza soll eine „deradikalisierte, terrorfreie Zone“ werden, die „keine Bedrohung für ihre Nachbarn“ darstellt. Mit anderen Worten, es wird verlangt, dass Opfer sich deradikalisieren, nicht die Täter. Denn es war Israel, das als Reaktion auf das Massaker vom 7. Oktober 2023 den [Gazastreifen](#) in ein Trümmerfeld verwandelt, systematisch Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Wohnhäuser und Felder zerstört, die Lebenserwartung der Bevölkerung fast halbiert und eine [Hungersnot](#) herbeigeführt hat. Ranghohe israelische Politiker haben Palästinenser als „menschliche Tiere“ bezeichnet und gedroht, die „Tore zur Hölle“ zu öffnen, die Vision von „Großisrael“ propagiert. Zahllose israelische Soldaten haben ihre eigenen Kriegsverbrechen vor Kameras gefeiert; die Mehrheit jüdischer Israelis haben laut Umfragen die Vertreibung der Palästinenser aus Gaza befürwortet.

Dieser Plan macht Bewegungsfreiheit zur Verhandlungssache

Der Plan wiederholt denselben Fehler wie frühere Initiativen: Er macht grundlegende Menschenrechte wie Bewegungsfreiheit zur Verhandlungssache. Mehr noch, ihre Gewährung wird erst in Aussicht gestellt, wenn zuvor x-beliebige Schritte umgesetzt werden, die Israel – also das Besatzungsregime – zufriedenstellen. So heißt es in diesem Plan beispielsweise, dass das israelische Militär sich „auf der Grundlage von Kriterien, Meilensteinen und Zeitrahmen zurückziehen wird, die mit der Entmilitarisierung verknüpft sind“. Die Entscheidung, wann dies geschieht, trifft laut Plan das israelische Militär, in Absprache mit den USA und anderen Staaten. Für Palästinenser ist kein Mitspracherecht vorgesehen.

So ähnlich scheiterte auch das sogenannte Oslo-Abkommen der 1990er-Jahre, das zunächst große Hoffnung geweckt hatte: Die neu geschaffene Palästinensische Autonomiebehörde erhielt nur begrenzte Befugnisse; zentrale Bereiche wie Grenzen und Ressourcen verbleiben jedoch bis heute unter israelischer Kontrolle. Der Fokus lag auf Sicherheit und Verwaltung, nicht auf grundlegenden Rechten. So wurde der legale und legitime Anspruch der Palästinenser auf Selbstbestimmung konterkariert und die israelische Besatzung zementiert. Genau das tut dieser 20-Punkte-Plan auch.

Schon jetzt zeigt sich, dass weder die Waffen ruhen noch genügend humanitäre Hilfe nach Gaza gelangt. Seit dem 10. Oktober 2025, dem Tag der verkündeten Waffenruhe, wurden insgesamt weit mehr als 200 Palästinenser getötet, allein 104 in der Nacht zum 29. Oktober. Israel hat das Territorium Gazas zudem geteilt und diese Teilung mit gelben Blöcken zementiert; israelische Truppen kontrollieren derzeit 58 Prozent des Gebiets direkt. Schließlich belegen UN-Daten und Berichte diverser Hilfsorganisationen die Behinderung humanitärer Hilfe durch Israel. Der Internationale Gerichtshof erinnerte in einem erneuten Gutachten vom Oktober 2025 zudem an Israels Pflicht, als Besatzungsmacht für die Bevölkerung zu sorgen. Auch dieses Gutachten wird von Israel ignoriert.

Jetzt ist die Zeit der Olivenernte

Angesichts der flächendeckenden Zerstörung von Kliniken und Feldern bleibt festzuhalten: Viele Menschen in Gaza werden weiter aufgrund der israelischen Politik sterben, selbst wenn die Waffen vollständig ruhen sollten. An der Absicht, die Palästinenser als Gruppe ganz oder teilweise auszulöschen, hat sich seit Oktober 2023 nichts geändert – allein schon durch die vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen, die Leben unmöglich machen. Es ist und bleibt Völkermord, auch wenn nicht täglich etwa 100, sondern „nur“ Dutzende Palästinenser getötet werden. Zudem kommen Themen wie Rechenschaft und Aufarbeitung in dem 20-Punkte-Plan überhaupt nicht vor. Dabei ist die Idee, dass Individuen, Institutionen und Staaten für ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden, grundlegend in jedem Rechtssystem.

Wenn man über die systematische Entrechtung und Vertreibung des palästinensischen Volkes spricht, darf man nicht allein über Gaza sprechen – schon deshalb nicht, weil Gaza ja nur ein Teil des von Israel besetzten palästinensischen Territoriums ist, neben der Westbank und Ost-Jerusalem. Dort wird ihnen der Zugang zu ihren Feldern verwehrt, sie sind ständigen Angriffen von israelischen Siedlern ausgesetzt, oft geschützt oder gar unterstützt durch die Armee. Jetzt ist die Zeit der Olivenernte; diese stellt die zentrale Lebensgrundlage für Zehntausende dar, und Olivenbäume sind tief in der palästinensischen Kultur und Identität verwurzelt. Israelische Siedler, gedeckt durch das Militär, attackieren Landwirte, zerstören systematisch Olivenbäume und verursachen so immensen materiellen wie ideellen Schaden.

Deutschland handelt hier nicht vertrauenswürdig

Wollte man etwas wirklich Konstruktives in dieser Frage unternehmen, müssten Staaten wie [Deutschland](#) politisch eine 180-Grad-Wende vollziehen. Deutschland handelt in der Frage Palästinas nicht vertrauenswürdig: Es geht ganz offenkundig nicht darum, dem Völkerrecht zu folgen, sondern Israel weiterhin umfassend zu unterstützen, militärisch und diplomatisch. Die Unterstützung reicht so weit, dass Deutschland offenbar bereit war, den Internationalen Gerichtshof irreführen: Dokumente, die *Drop Site* und *Stern* aufgedeckt haben, zeigen, dass Deutschland mit Israel abgestimmt hat, welche Informationen über Waffenexporte gegenüber dem IGH offengelegt werden sollten und welche nicht. Zur Erinnerung: In diesem Verfahren muss Deutschland sich gegen den Vorwurf verteidigen, Beihilfe zum Völkermord zu leisten.

Es ist nun schon 46 Jahre her, da schrieb der palästinensische Literaturwissenschaftler Edward Said: „Die Frage Palästinas lässt sich nicht auf Sicherheits- oder Verhandlungsfragen reduzieren; sie bleibt eine Frage der Gerechtigkeit und der Menschenrechte.“ In dieser Frage hat es niemals Fortschritt

gegeben. <https://www.sueddeutsche.de/meinung/palaestinenerrechte-20-punkte-plan-gaza-voelkermord-kommentar-li.3335195>

<https://www.sueddeutsche.de/meinung/palaestinenserrechte-20-punkte-plan-gaza-voelkermord-kommentar-li.3335195>